NACHRICHTEN
Österreich

02. April 2025

# Krisengipfel: Sparen ohne Vermögenssteuer! Künftige Belastungen drohen!

Die Regierung lädt zu einem Krisengipfel ein, um das Staatsdefizit zu besprechen. Diskussionen über Sparmaßnahmen und Steuern entbrannten.

**Österreich** - Am 2. April 2025 hat die schwarz-rot-pinke Regierung einen Krisengipfel einberufen, um Wege zur Einsparung von 6,4 Milliarden Euro zu erörtern. Vertreter der Gemeinden sowie der Landeshauptleutekonferenz sind zu den Gesprächen eingeladen worden. Erste Bundesländer und der Gemeindebund zeigen jedoch bereits Desinteresse an diesen Verhandlungen. SPÖ-Finanzminister Marterbauer hat in einem Interview betont, dass das geplante Sparvolumen unter der Initiative der FPÖ nicht überschritten werden kann. Er verwies darauf, dass Österreich eines der wirtschaftlich und sozial stärksten Länder der Welt sei und dringende Maßnahmen zur

Haushaltsstabilität notwendig seien, insbesondere wegen des steigenden Defizits.

In diesem Kontext äußert sich die FPÖ-Wirtschaftssprecherin Dr. Barbara Kolm kritisch zu den laufenden Finanzgesprächen. Sie warnt vor möglichen neuen Belastungen für die Bevölkerung, insbesondere vor einer Vermögenssteuer. Gleichzeitig kritisiert Kolm die hohe Steuerlast sowie die Regulierungen, die die wirtschaftliche Substanz des Landes gefährden. Laut ihr sollte das Defizit durch eine Senkung der staatlichen Ausgaben abgebaut werden, ohne dabei neue Steuern einzuführen. Die Steuereinnahmen in Österreich beliefen sich im Jahr 2024 bereits auf rund 100 Milliarden Euro, ein Rekordwert, doch dennoch müsse der Staat Lehren aus der aktuellen finanziellen Lage ziehen.

## Finanzielle Herausforderungen und Ausgaben

Österreich steht in einem breiteren europäischen Kontext, auf dem Deutschland mit einem Staatsdefizit von 118,8 Milliarden Euro im Jahr 2024 verweisen kann. Dieses Defizit stellt einen Anstieg von 15 Milliarden Euro im Vergleich zum Vorjahr dar und wurde höher als erwartet, da ursprünglich ein Defizit von nur 113 Milliarden Euro prognostiziert worden war. Dennoch gab es in Deutschland auch gute Nachrichten: Die Gesamteinnahmen des Staates überschritten erstmalig die Marke von zwei Billionen Euro und stiegen um 4,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Insbesondere die Steuereinnahmen wuchsen um 3,5 Prozent.

Im Rahmen der Staatsausgaben von 2.131,6 Milliarden Euro kam es bei den Zinsausgaben zu einem Anstieg von 24,2 Prozent. Monetäre Sozialleistungen wuchsen aufgrund höherer Ausgaben in den Bereichen Renten, Pflege und Sozialhilfe um 7,0 Prozent. Die hohen Ausgaben könnten die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zusätzlich belasten, was von Analysten als besorgniserregend empfunden wird. Trotz dieser Herausforderungen hält Deutschland die EU-Verschuldungsregel

ein, die ein Haushaltsdefizit von höchstens 3,0 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erlaubt.

## Wirtschaftliche Stabilität im Fokus

Um die Stabilität der öffentlichen Haushalte zu gewährleisten, ist ein tiefes Verständnis der finanziellen Strukturen unerlässlich. Die vierteljährliche Kassenstatistik bietet hier umfassende Einblicke in die Einnahmen, Ausgaben und den Einsatz von Fremdmitteln zur Deckung des Finanzierungsbedarfs. Diese Ergebnisse sind entscheidend für die öffentliche Haushaltswirtschaft in der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, da sie die strukturelle Grundlage für zukünftige politische Entscheidungen bilden.

Zusammenfassend ist klar, dass sowohl Österreich als auch Deutschland vor erheblichen finanziellen Herausforderungen stehen, die geeignete und nachhaltige Lösungen erfordern. Die Diskussionen über Haushaltskürzungen und die Vermeidung neuer Steuern sind wichtiger denn je, um sicherzustellen, dass die wirtschaftliche Stabilität nicht gefährdet wird. Während Österreichs Regierung bestrebt ist, den Dialog zu intensivieren, bleibt abzuwarten, wie weitere Entwicklungen die öffentliche Finanzpolitik in den kommenden Monaten beeinflussen werden.

Die Entwicklungen rund um die Finanzgespräche in Österreich sind nicht nur für die nationale Wirtschaft von Bedeutung, sondern haben auch Auswirkungen auf die gesamte europäische Finanzlandschaft. [OTS] berichtet, dass …, während [Tagesschau] anmerkt, … und [Destatis] wertvolle Daten zu den finanziellen Rahmenbedingungen bereitstellt.

| Details | |
|---|---|
| **Vorfall** | Krisengipfel |
| **Ort** | Österreich |
| **Quellen** | • **www.ots.at** |

| Details | |
|---|---|
| | • **www.tagesschau.de**<br>• **www.destatis.de** |

**Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at**